

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meißen.

Postkassentel.: Dresden 1530
Stroßstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 137.

Mittwoch, 16. Juni 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige. Zeitrauben- und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Bérets „Marnechlacht“.

Béret, Frankreichs Finanzminister, hat aus der Ergebnislosigkeit seiner Sanierungsmaßnahmen die einjährige Konsequenz gezogen: er ist zurückgetreten, als er einsehen mußte, daß trotz aller Manöver und Befähigungsversuche der Frank nicht mehr halten ließ. Was die Regierung, vor allem Béret, zu tun gedachte, um dem Währungschaos ein Ende zu machen, ist während der ganzen Dauer der Krise niemals ganz klar geworden, war vielleicht dem Finanzminister selbst, dessen Pläne sich bei jedem neuen Kursrückgang änderten, nicht ganz klar. Ein einheitliches Programm war jedenfalls nicht vorhanden, obwohl das um Hilfe angerufene Ausland und große Teile des französischen Volkes es forderten.

Die Entwicklung am Devisenmarkt nahm in den letzten Wochen folgenden Verlauf: Mitte März begann der Rückgang des Franken. Er verlief in mäßigen Schritten etwa 12 Prozent im April, in etwas heftigeren Sprüngen weitere 12 Prozent im Mai. In den ersten Wochen des Juni erreichte dann das englische Pfund den zunächst höchsten Stand von 170 Franken. Unter dem Einfluß der Beendigung des Marokkofriedes und harter Interventionen fiel das Pfund auf 148, um in der nächsten Woche auf 156 und bis heute auf 179 Franken zu steigen. Die starken Schwankungen, namentlich die vorübergehenden Erholungen waren in erster Linie den Interventionen der Bank von Frankreich zu danken. Aber diese Interventionen waren recht unsicher, und man kann wohl annehmen, daß der Markt zuletzt ein wenig die Luft ausgegangen ist. Die „Marnechlacht des Franken“, wie die französischen Blätter den Kampf um die Währung nannten, hat etwa 200 Millionen Goldfranken, nach anderen Schätzungen sogar 400 Millionen Goldfranken verschlungen. Da die Summe, die der Regierung aus dem Morgan-Kredit zur Verfügung gestellt war, nur etwa 90 Millionen Dollars betrug, ist die Interventionsfähigkeit der Regierung und der Bank von Frankreich seit einigen Tagen wahrscheinlich erschöpft, zumal Béret zuletzt auf die weitere Heranziehung der Morgananleihe verzichtet hat.

Die Kursrückgänge des Franken lassen sich zwar im allgemeinen erklären, im einzelnen war es jedoch nicht immer möglich, die Zusammenhänge zwischen politischen Vorgängen, Börsentransaktionen und Frankenschwäche zu erkennen. Die Arbeit der Regierung wurde dadurch naturgemäß außerordentlich erschwert. Die letzten Kursbewegungen wiesen zu einem Teil auf ungeschickte Kooperation zwischen Bank und Regierung zurückzuführen sein (wenigstens behauptet die französische Presse, daß die Abwicklung der Terminengagements der Bank und des Finanzministeriums zusammengefallen seien), zu einem größeren Teil aber auf die Ankündigung der Wiederaufnahme von Caillaux' Währungsprogramm. Dieses Programm gibt allerdings zu großen Bedenken Anlaß. Der Notenumlauf würde danach 60 Milliarden betragen, während für die Währung des nationalen Verteidigung in Höhe von 50 und für die Währung des Nationalkredits in Höhe von 40 Milliarden Franken Zahlungsmittel ausgegeben werden sollen. Es ist mehr als fraglich, ob dieses Experiment, das zum mindesten eine einseitige, stabile Finanzpolitik und geordnete Finanzverhältnisse voraussetzt, auch nur geringe Erfolgsaussichten gehabt hätte. Man hat dem französischen Finanzminister vorgeworfen, daß er sich in der Frankensfrage zum Anwalt der Hochfinanz gemacht habe. Dieser Vorwurf mag zu weit gehen, jedenfalls aber sind Bérets Sanierungspläne auch die der Hochfinanz, die mit der Interventionenpolitik und der endgültigen Stabilisierung, wie sie die linken Parteien fordern, niemals einverstanden war. Nachdem die Finanzpolitik der Regierung ein so schweres Fiasco erlitten hat, wird die Forderung der Finanz- und Wirtschaft nach dem „Kabinett der Konzentration“, das heißt, nach dem Kabinett des nationalen Blocks, dringlicher werden, und der Ausdruck der Kabinettskrise wird nicht auf sich warten lassen.

Für die Währung ist dieser Zustand katastrophal. Schon jetzt rechnet man mit allseitiger Bestimmtheit auf ein weiteres Sinken des Franken; an der Pariser Börse wird das Pfund im Terminhandel mit 180 für das Ende des Monats notiert. Auch dieser Kurs scheint noch reichlich optimistisch zu sein. Für die kommende Regierung oder für den kommenden Finanzminister gibt es allem Anschein nach keinen anderen Ausweg aus der Währungskrise als die Hilfe des Auslandes. Auf Amerika wird man kaum rechnen können, da das französisch-amerikanische Schuldenabkommen wenig Aussicht auf Ratifikation in diesem Jahre hat und ohne die Ratifikation Anleihegeschäfte erfolglos sind. Auch das übrige Ausland ist nur unter der Bedingung der Stabilisierung anleihebereit. Es muß abgewartet werden, ob es gelingen wird, die Widerstände, die sich im Lande selbst gegen die endgültige Stabilisierung geltend machen, zu brechen.

Die Gründe für den Rücktritt Bérets.

Paris. (Funkpruch.) Finanzminister Béret hatte als die Begründung für seinen Rücktritt im gestrigen Ministerrat angegeben, daß er nicht die nötige Unterstützung gefunden habe, auf die die Regierung gerechnet habe. Nach dem Matin richtet sich dieser Vorwurf gegen die Bank von Frankreich und gegen den Sachverständigenausschuß.

Rücktritt des Kabinetts Briand.

Paris, 15. Juni. Der nach Schluß der Kammer Sitzung abgehaltene Kabinettsrat beschäftigte sich mit der durch den Rücktritt des Finanzministers geschaffenen neuen Lage. Er war einstimmig der Ansicht, daß es nicht möglich sei, eine einfache Umbildung des Kabinetts vorzunehmen und daß das Kabinett deshalb insgesamt zurücktreten soll, um dem Präsidenten der Republik vollkommene Freiheit für die Beurteilung der Lage zu lassen.

Ministerpräsident Briand hat sich ins Kloster begeben, um dem Präsidenten der Republik die Gesamtemission des Kabinetts zu überbringen.

Der Rücktritt angenommen.

Paris, 15. Juni. Der Präsident der Republik hat den Gesamtrücktritt des Kabinetts angenommen und es mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt.

Vertagung der französischen Finanzdebatte.

Paris. In der gestrigen Kammer Sitzung erklärte Briand zugleich in Beantwortung von Anfragen der Sozialisten und Kommunisten, daß er im gegenwärtigen Moment eine Diskussion über die Finanzinterpellationen für unangebracht halte und daher die Vertagung beantragen müsse. Die Aussprache soll demgemäß am Donnerstag fortgesetzt werden, da bis dahin der neue Finanzminister im Amt sei und selbst den Zeitpunkt vorschlagen werde, zu dem er auf die vorliegenden Interpellationen antworten wolle. Die Kammer stimmte nach längerer Debatte der Vertagung der Interpellationsdebatte auf Donnerstag mit 208 gegen 195 Stimmen zu.

Briand über den Frankensurz.

Paris. In den Wandelgängen der Kammer gab Briand eine Erklärung ab, in der er u. a. folgendes ausführte:

... Die Lage ist schwierig. Wir können keine Wunder wirken. Die einen verlangen ein nationales Ministerium, die andern rufen nach einem entschlossenen Mann. Was ein nationales Ministerium anbelangt, so ist es sehr zu wünschen, doch ist das Beispiel Belgien nicht gerade ermutigend. Man hat dort ein Kabinett gebildet, in dem sämtliche Parteien vertreten sind. Obwohl der Finanzminister ein hervorragender Sachverständiger ist, ist die Stützungsfaktion zu Gunsten des belgischen Franken sehr geschwächt. Auch Italien, das einen entschlossenen Mann hat, ist es nicht gelungen, den Lire höher zu bringen als den Franken. Die gegenwärtige Situation wird durch vielfache Gründe bestimmt. In England werden Franken verkauft, ohne daß man es dabei auf die Herabsetzung einer Frankensparthe absetzt. Man macht das nur zur Stützung des Sterlingkurses gegenüber dem Dollar. Auch in Belgien und Italien werden französische Franken abgekauft; doch nur in der Absicht, die nationale Währung zu stärken. Schließlich verkaufen auch in Frankreich zahlreiche Franzosen aus Mangel an Vertrauen Franken. Die Köpfe am Horizont heilen sich über uns zusammen; wir sind vom Sturm gepörscht und müssen bis zum Ende aushalten und dem Siege entgegengehen.

Präsident Voëbe über die deutschösterreichische Anschlussfrage.

Wien. Auf der Bundesversammlung des österreichisch-deutschen Volksbundes in Frankfurt (Main) gab Reichspräsident Voëbe in einem interessanten Referat ein Bild von dem Stand der Anschlussfrage.

Er wies darauf hin, daß während der Locarnodebatte im französischen Senat sich der Senator Gôné-Benoit gegen die Vereinigung Österreichs mit Deutschland gewendet und sie eine eminente Gefahr genannt habe, weil Deutschland durch die Annexion Österreichs den Krieg gewonnen haben würde; dem Recht der Nationen stehe das Recht des Völkerbundes gegenüber. Damit verkennt, so führte Präsident Voëbe aus, Herr Gôné-Benoit vollständig den Charakter unserer Bewegung und bekämpft unsere demokratische, auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruhende Forderung mit den Argumenten der Vorkriegszeit. Er kann nur in Bataillonen und Regimenten denken, und die sechs Millionen Deutsche, die zum Mutterlande zurückkehren wollen, sind für ihn nicht Menschen mit nationalen und individuellen Rechten, sondern lediglich Soldaten für den nächsten Krieg.

Gegenüber diesen Irrwegen stellen wir fest, daß auch aus der Friebe über allen nationalen Ambitionen steht. Auch wir wollen die Verträge nicht gewaltsam zerreißen, aber wir beanspruchen die wenigen Rechte, die sie uns noch einräumen. Imperialismus und Annexionsismus ist es, wenn militärisch gerüstete Nationen Landes- und Volksteile ohne oder gegen ihren Willen gewaltsam unterwerfen. Die freiwillig kommenden, vom eigenen Stamm, zur eigenen Nation gehörigen Volksteile ins Mutterland aufzunehmen, ist dagegen das ursprünglichste Selbstbestimmungsrecht, das nicht nur für Franzosen und Italiener, Polen und Tschechen, sondern auch für die Deutschen gilt. Auch wir, die wir für Vaneuropa tätig sind, wollen die Vereinigung Deutschlands und Österreichs nicht etwa bis zur Lösung der vaneuropäischen Frage vertagen. Das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes hat den Vortritt vor allen übrigen Lösungen europäischer Fragen.

Der Reichspräsident wandte sich dann entschieden gegen die Rede des ehemaligen österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel in Paris. Seipel hat in Paris kein Wort über den Willen seines Volkes, über das Ergebnis der Volksabstimmungen, über die nachvollkommenen Grundgebungen für den Anschluß gesagt, aber ausgesprochen, daß Österreich auch in seinen jetzigen Grenzen lebensfähig sei, woraus die Franzosen schließen sollten, daß es des Anschlusses nicht bedürfe. Dazu haben wir zu erklären: Unsere Hoffnung auf die Vereinigung gründet sich nicht auf Österreichs Not, sondern auf den deutschen Willen seiner Einwohner. Unser Anschlußwille war und ist mächtig auch gegenüber einem gesunden Österreich. Ich frage Herrn Dr. Seipel, ob er einen Franzosen sich vorstellen kann, der sagen würde: Wir sprechen eine Sprache und haben eine Kultur, uns bindet ein Schicksal, aber deshalb nennt uns nicht ein Volk oder eine Nation, die zusammengehört? Herr Dr. Seipel mag sich die Antwort darauf selbst geben. Der Stand der Anschlussfrage war erst Totschweigen durch die Gegner, heute aber kann man sie nicht mehr beiseite schieben. In dem Grade, als die internationalen Kontrollen für Österreich fallen, als Deutschland aus einem leidenden Mitglied der europäischen Völkerfamilie ein mit leitendes Glied wird, rückt der Tag der Erfüllung des großdeutschen Ideales näher.

Neue sächsische Staatsanleihe.

Dresden. Die Regierung hat im Landtage eine Vorlage eingebracht, durch die das Finanzministerium ermächtigt werden soll, 15 Millionen Reichsmark im Wege einer Staatsanleihe flüssig zu machen und die selbstschuldnerische Bürgschaft des Staats für eine Anleihe von 55 Millionen Reichsmark der Aktiengesellschaft Sächsische Werke zu übernehmen oder aber diesen Betrag ganz oder teilweise im Wege einer Staatsanleihe aufzunehmen und den Sächsischen Werken als Darlehn zur Verfügung zu stellen. Ferner wird der Landtag um Zustimmung erucht, 15 Millionen Reichsmark als erste Einzahlung auf 60 Millionen Reichsmark neue vom Staat zu übernehmende Aktien der Sächsischen Werke in den außerordentlichen Haushaltsplan für 1926 einzustellen.

Aus dem Landtage.

Dresden. Dem Landtage ist als Regierungsvorlage ein Gesetzentwurf zugegangen über die Aufnahme von Staatsanleihen und die Übernahme einer Staatsbürgschaft für die Aktiengesellschaft Sächsische Werke in Dresden. Im § 1 wird das Finanzministerium ermächtigt, 15 Mill. Reichsmark im Wege der Staatsanleihe flüssig zu machen. Nach § 2 wird es ferner ermächtigt, für Beschaffung von insgesamt 55 Mill. Reichsmark erforderliche Anleihen der A.G.S.W. die selbstschuldnerische Bürgschaft des Staates zu übernehmen, oder aber diesen Betrag ganz oder teilweise im Wege der Staatsanleihe aufzunehmen und der A.G.S.W. als Darlehen zur Verfügung zu stellen.

Ferner wird der Landtag um Zustimmung erucht, 15 Mill. Reichsmark als erste Einzahlung auf 60 Mill. Reichsmark neue, vom Staate zu übernehmende Aktien der A.G.S.W. in den außerordentlichen Haushaltsplan für 1926 einzustellen.

Dresden. Dem Landtage ist eine Regierungsvorlage zugegangen betreffend den Erwerb der Instrumentensammlung des Meger'schen Kunsthistorischen Museums in Köln für das Ruffischwissenschaftliche Institut der Universität Leipzig.

Dr. Stresemann in Düsseldorf.

Berlin. (Funkpruch.) Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist gestern abend 10,30 Uhr vom Bahnhof Friedrichstraße nach Düsseldorf abgereist.

Bildung einer besonderen Wirtschaftsabteilung im Reichspostministerium.

Berlin. Die seit Juli 1925 eingeleiteten neuzeitlichen Wirtschaftsbestrebungen der Reichspost haben sich, wie der Reichspostminister in einer amtlichen Veröffentlichung festgestellt hat, bisher bewährt. Sie sollen daher mit verstärkter Energie weiter ausgebaut werden.

Zum Zwecke der einheitlichen Behandlung und Auswertung des bekannten Wirtschaftserlasses vom Juli 1925 ist daher eine besondere Wirtschaftsabteilung im Reichspostministerium geschaffen worden; ihr Wirkungsbereich erstreckt sich vom Wirtschaftskreislauf aus auf alle Gebiete der Verwaltung, des Betriebs und der Technik der Deutschen Reichspost.

Die Leitung der Abteilung ist dem bisherigen Wirtschaftspräsidenten des Reichspostministeriums, Ministerialrat Dr. Andrich, übertragen worden.

Allen voran: Radeberger Pilsner! das bevorzugte erste deutsche Pilsner. Vertreter: Rich. Schwade Riesa a. Elbe. Fernruf 48.